

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: MESSE BREMEN/FOTOMONTAGE: SPD BREMEN

ZUKUNFTSKONGRESS AM 6. DEZEMBER 2014

„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“

Stadtgesellschaften und Arbeitswelten sind nicht statisch, sie verändern sich ständig, manchmal dynamischer als vorhergesehen. Wie wollen, wie werden wir in Zukunft in Bremen und Bremerhaven leben, arbeiten, lernen, wohnen ...? Darum geht es am Nikolaustag, 6. Dezember 2014, auf dem großen SPD-Zukunftskongress in der Messe Bremen.

Der Kongress findet im Rahmen des öffentlichen Dialogs zum Regierungsprogramm 2015 – 2019 statt: Acht Dialogforen und zwei Reden an einem Tag in einer Halle, ein pralles Programm mit einem breiten inhaltlichen Spektrum, fast 40 Referentinnen und Referenten – ein spannendes Format. Der Kongress startet nach der Begrüßung durch die stellvertretende Landesvorsitzende Sarah

Ryglewski mit einer programmatischen Rede des Landesvorsitzenden Dieter Reinken. Es folgen vier parallele Dialogforen und nach der Mittagspause nochmals vier weitere parallele Dialogforen. Mit einer Rede unseres Spitzenkandidaten, Bürgermeister Jens Böhrnsen, wird der Kongress abgerundet.

Die Dialogforen beschäftigen sich im Einzelnen mit folgenden Themen:

- Wie verbessern wir den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven?
- Gute Bildung ein Leben lang von Anfang an!
- Schöne neue Frauenwelt – Wie wir heute arbeiten (ASF)
- Städte im Wandel – Herausforderungen und Chance

- Vielfalt und Teilhabe – ein Gewinn für Bremen!
- Jung.Gestaltet.Zukunft (Jusos)
- Starke Wirtschaft/Gute Arbeit: Zwei Seiten einer Medaille
- Schicksalsfrage Finanzen – Perspektiven für die Finanzbasis des Landes Bremen schaffen

Der Kongress ist öffentlich. Alle die an einem Dialog mit unserer Partei Interesse haben, sind herzlich willkommen. Selbstverständlich auch alle Genossinnen und Genossen. ■

SAMSTAG, 6. DEZEMBER 2014
10:00 – 16:00 UHR
MESSE BREMEN, HALLE 4.1

Informationen und Anmeldung:
www.bremenmitzukunft.de
www.spd-land-bremen.de/Termine.htm
 E-Mail: info-bremen@spd.de

Der Zukunftskongress: Acht Dialogforen und zwei Reden an einem Tag in einer Halle, ein pralles Programm mit einem breiten inhaltlichen Spektrum, fast 40 Referentinnen und Referenten – ein spannendes Format. Vier parallele Dialogforen in einer Halle – wie soll das gehen? Jedes Forum findet in einem Bereich der Halle auf einem so genannten Dialogfeld statt. Die Kommunikation erfolgt über Mikrofone, Empfänger und Kopfhörer.



„Mein Vater hat 45 Jahre schwer geschuftet. Dass man in Zukunft zwei Jahre früher in Rente gehen kann, ist einfach verdient.“
Melanie Kühnemann



„Mindestens 8,50 € für mich und für alle Anderen – endlich!“
Sebastian Hübers

FOTO: THOMAS TRUSCHEL/PHOTOTHEK

VEREINBARUNGEN UMSETZEN UND KURS HALTEN

Ein Jahr große Koalition: SPD liefert mit Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse *Von Carsten Sieling*

Die große Koalition ist keine Liebeshochzeit. Unsere Richtschnur in den Koalitionsverhandlungen war klar: Keine Zustimmung zur Koalition ohne konkrete Vereinbarungen, wie wir die Lage vieler Menschen in unserem Land verbessern können. So konnten zentrale sozialdemokratische Forderungen im Koalitionsvertrag verankert werden: Der flächendeckende Mindestlohn, die Rente mit 63, Einstieg in die doppelte Staatsbürgerschaft. Deshalb war es gut und richtig, dass die SPD-Mitglieder so überzeugend für diesen Vertrag gestimmt haben. Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister können wichtige Akzente in der Bundesregierung setzen – und sie tun es!

Es geht um Entgeltgleichheit für Frauen und Männer, die nachhaltige Eindämmung des Niedriglohnssektors, erste Schritte für das Ende der Renten Kürzungen, die Begrenzung von Leiharbeit und Werkvertrags(un)wesen und eine Politik gegen die Liberalisierung der Arbeitsmärkte. Anders gesagt: Wir holen auch viele Maßnahmen der Agenda 2010 zur dringend erforderlichen Fehlerkorrektur in die Reparaturwerkstatt. Die Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro sorgt für Gehaltsaufschläge bei vielen Niedrigverdienern und dafür, dass sie besser von ihrer Arbeit leben können – möglichst ohne Aufstockung durch Sozialleistungen. Durch die Rente mit 63 ermöglichen wir Menschen, die 45 Jahre hart gearbeitet und in die Versicherung eingezahlt haben, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Die Mietpreisbremse sorgt dafür, dass gerade in Großstädten wie bei uns Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

Koalitionen bedeuten Kompromisse. Zur Wahrheit gehört deshalb auch: mit

dem schwachen Wahlergebnis musste die SPD eine Reihe von bitteren Pillen schlucken. Ein Beispiel: So gerecht die Mütterrente sein mag – sie ist falsch finanziert. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müsste eigentlich aus dem Steuertopf bezahlt werden, also von allen und nicht von den Beitragszahlern allein. Hier müssen wir weiter für Änderungen eintreten. Einer anderer wichtiger Punkt: Nach den jüngsten Aussichten trübt die wirtschaftlichen Entwicklung ein. Aussetzen ist hier mit Sicherheit der falsche Weg. Die Bundesregierung muss entschieden gegensteuern und zumindest die Spielräume nutzen, die die Schuldenbremse ihr lässt. Milliarden Euro könnten mobilisiert werden. Doch die CDU hängt weiter an ihrem Glaubenssatz: Weder Mehrausgaben noch Steuerpolitik, auch wenn es im Haushalt noch so knackt und die Brücken bröckeln. Die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt aber ist noch keine vernünftige Politik, sondern schiebt die Kosten für Investitionen in Infrastruktur und Kitas, Schulen, Universitäten, Schwimmbädern oder Kultureinrichtungen zukünftigen Generationen in die Schuhe.

Im ersten Jahr konnte die SPD viele Akzente setzen. Jetzt müssen nach und nach die anderen Projekte abgearbeitet werden, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind. Die Koalition hat sich verpflichtet, die Kommunen um fünf Milliarden Euro jährlich zu entlasten. Das hilft auch Bremen und Bremerhaven. Diese Vereinbarung gilt und sollte schon in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Für unsere Finanzkraft von existenzieller Bedeutung sind zudem die aktuell laufenden Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich. Hier gilt es, am Ziel

gleicher Lebensverhältnisse in allen Bundesländern festzuhalten. Für Bremen brauchen wir dringend eine Entlastung bei den Altschulden, in welcher Form sie sich auch immer durchsetzen lässt. Basis dafür kann sein, dass der Solidaritätszuschlag beibehalten wird. Bildung und Forschung müssen gestärkt werden. Gute Bildung von der Kita an für alle, damit wir keine Jugendlichen mehr ohne Schul- oder Berufsabschluss zurücklassen, damit wir genug Fachkräfte haben für wettbewerbsfähige Unternehmen. Dafür brauchen wir auch mehr Geld für Forschung und Innovation.

Im Hinblick auf das Jahr 2017 heißt es jetzt: Kurs halten! Das SPD-Wahlprogramm 2013 war eines der besten der jüngeren sozialdemokratischen Geschichte und hat in vielen Punkten nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Hieran können und müssen wir anknüpfen. Auch in der Steuerpolitik sind die Aufgaben zu lösen, bei denen die CDU als Besitzstandswahrer für Wenige blockiert. Wir brauchen aber das Geld in Stadt und Land und angesichts der enormen Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland muss es endlich zu einer gerechten Vermögensbesteuerung kommen. Allen Unkenrufen der Interessenvertreter zum Trotz: Die Vermögensteuer ist eine Multimillionärssteuer. Auch die Abschaffung der Abgeltungsteuer, die eine Bevorteilung der Kapitaleinkommen gegenüber der Arbeit mit Kopf und Händen bedeutet, ist ein wichtiges Vorhaben. Schon diese Beispiele zeigen: Auch in den kommenden Jahren bleibt noch viel zu tun für Gerechtigkeit, Bildung und gute Arbeit. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, nur dafür wird die SPD von den Menschen gewählt. ■

ZUR PERSON:



FOTO: SPD-FRAKTION.DE (SUSIE KNOLL / FLORIAN JÄNICKE)

Carsten Sieling, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, ist stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

TERMINE:

JAHRESAUFTAKT 2015

**FREITAG,
23. JANUAR 2015,
19:00 UHR**

**Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen**

Musik:

**Die Grenzgänger
mit Folk und Chanson
Emanuel Jahreis, Pianist**

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Wahlen bürgernah: Stimmabgabe auch in Einkaufszentren!

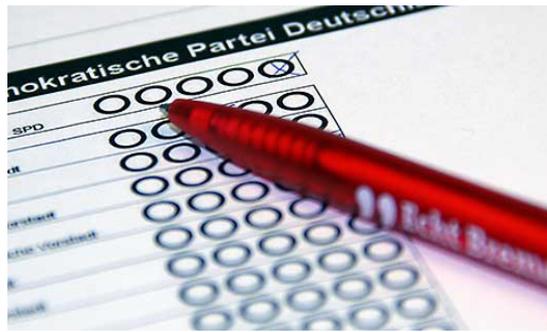
Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Neben vielen anderen Gründen werden dafür auch die vergleichsweise starren Regeln des Wahlsystems verantwortlich gemacht. Bundeswahlleiter Roderich Egeler hat daher angemahnt, dass es „endlich an der Zeit für innovative Modelle“ sei. Von der Politik forderte er entsprechende Reformen. „Alles, was die Wähler an die Urne bringt, ist gute Politik“, so sein Credo. Hintergrund der Debatte war der Vorschlag der SPD-Generalsekretärin, Yasmin Fahimi, das Wählen in Deutschland alltagsfreundlicher zu gestalten. Ziel müsse es sein, Hürden abzubauen. Die SPD werbe deshalb für eine überparteiliche gemeinsame Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung, so Fahimi.

In Bremen hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu bereits verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht: „Wir sind davon überzeugt, dass man nichts unversucht lassen sollte, um das Wählen einfacher und für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen“, so der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. Genau in diese Richtung gehe auch eine von der Bürgerschaft beschlossene Initiative der SPD: Auch um dem wichtigen Ziel der Inklusion näher zu kommen, ist dabei vorgesehen, die Wahlbenachrichtigungen erstmals und schon bei der nächsten Bürgerschaftswahl im Mai 2015 in leichter Sprache zu verfassen. Zudem



Björn Tschöpe

dem wichtigen Ziel der Inklusion näher zu kommen, ist dabei vorgesehen, die Wahlbenachrichtigungen erstmals und schon bei der nächsten Bürgerschaftswahl im Mai 2015 in leichter Sprache zu verfassen. Zudem



Wählen soll auch dort möglich werden, wo die Menschen sind.

sollen auf dem Stimmzettel zur besseren Erkennbarkeit auch die Symbole der Parteien abgedruckt werden.

Aktuell geht die SPD-Fraktion diesen Weg weiter: „Wir werben dafür, das Privileg der Wahl besser in den Lebensalltag der Menschen zu integrieren, damit es dann wieder als solches anerkannt wird. Niemand soll sich gegen eine Stimmabgabe entscheiden, weil der Weg zum Wahllokal zu beschwerlich ist, weil der Sonntag Familientag ist, weil man nicht genau weiß, wo die Grundschule oder die Seniorenresidenz ist oder weil man nun doch am Sonntag auf dem Schichtplan steht und arbeiten muss. Deshalb benötigen wir Wahl-Orte, die auch den geänderten Lebenswelten und -entwürfen Rechnung tragen“, sagt Tschöpe und verweist auf entsprechende Regelungen in anderen europäischen Staaten. So sei es etwa in Großbritannien, Frankreich oder den Niederlanden längst möglich auch „unter der Woche“ zu wählen. Auch in Italien und Schweden könne die Stimmabgabe an mehr als einem Tag erfolgen. „In Schweden hat dieses Jahr allein ein Drittel der Wähler

diese Möglichkeit genutzt und damit zur einer Wahlbeteiligung von 85,1 Prozent beigetragen. Es ist also nicht auszuschließen, dass beispielsweise durch Einführung des schwedischen Modells auch die Wahlbeteiligung in Bremen erhöht werden kann.“

Die SPD-Fraktion will den Senat daher auffordern, bis Ende des Jahres ein Konzept für einen Pilotversuch vorzulegen, der schon bei den Wahlen im Mai 2015 greifen soll. Berücksichtigt werden sollen dabei folgende Kriterien: Die Stimmabgabe soll innerhalb von zwei Wochen, auch vor dem eigentlichen Wahltermin möglich werden. Und sie soll dort stattfinden können, wo die Menschen sich ohnehin regelmäßig aufhalten. Dies könnten etwa stadtteilübergreifend genutzte, große Einkaufszentren sein. Bei der Auswahl geeigneter Standorte sollen für den Pilotversuch vor allem Stadtteile mit bislang besonders geringer Wahlbeteiligung berücksichtigt werden. Zudem soll eine wissenschaftliche Auswertung der neuen Wahlmöglichkeiten sichergestellt werden.

„Uns ist natürlich klar: Eine Reform der Wahlregeln allein wird nicht ausreichen, um wieder mehr Menschen zu überzeugen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Entscheidend ist, dass wir als SPD in der täglichen politischen Arbeit immer wieder zeigen, dass wir die richtigen Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen haben. Zugleich sollten wir aber auch weiter daran arbeiten, die Teilnahme an der Wahl so leicht wie möglich zu machen“, betont Tschöpe. Die Initiative der SPD-Fraktion wird derzeit beim Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen beraten. Noch im Dezember soll die Bremische Bürgerschaft entscheiden. (MK)



Jedes Jahr, wie hier 2012, kommen 100 Frauen aus Bremen und Bremerhaven im Haus der Bremischen Bürgerschaft zum Schafferrinnenmahl zusammen.

40 JAHRE – (K)EIN GRUND ZUM FEIERN?

Eine Bremer Frauentradition wird 40!

1975, das Internationale Jahr der Frau, ist zugleich auch das Gründungsjahr einer Tradition der Bremer Sozialdemokratinnen, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Jubiläum feiert: Das Schafferrinnenmahl.

Ursprünglich aus der Verärgerung darüber ins Leben gerufen, dass Frauen an der traditionsreichen Bremer Schaffermahlzeit seit über 450 Jahren nicht teilnehmen durften und bis auf zwei Kapitäninnen bis heute auch nicht dürfen, hat sich das Bremer Schafferrinnenmahl inzwischen zu einer interessanten und beliebten Veranstaltung entwickelt, die aus der frauenpolitischen Landschaft Bremens nicht mehr wegzudenken ist.

Der inhaltliche Leitgedanke hat sich seit der Gründung durch die ASF Bremen, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bremen, jedoch nicht geändert.

Ziel des Abends ist das „Netzwerken“ von Frauen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen, um durch fruchtbaren Gedankenaustausch und gegenseitige Ermutigung gemeinsames Handeln und Frauen-Solidarität zu fördern. Im Besonderen gilt es dabei auch Frauen zu ehren, die sich nicht im Lichte der Öffentlichkeit sonnen können, sondern – oft eher unbemerkt – mit viel persönlichem Engagement in Bremen einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Traditionell findet das Schafferrinnenmahl im Herbst im Haus der Bremischen Bürgerschaft statt. Dieser Ort wurde bewusst gewählt, da hier politische Entscheidungen fallen und die demokratischen und sozialen Rechte der Bremer Bürgerinnen und Bürger Gesetzesform annehmen.

Der festliche, seiner eigenen Tradition folgende, Abend ist eine in Deutschland einzigartige Veranstaltung von Frauen – für Frauen. Jedes Jahr wird ein anderes gesellschaftlich relevantes Thema erörtert, nach der Begrüßung beginnend mit dem Festvortrag einer prominenten Rednerin im Plenarsaal. Im Anschluss daran bietet sich hier der Raum für eine gemeinsame Diskussion. Im großen Festsaal klingt der Abend dann bei anregenden Tischgesprächen während eines Drei-Gänge-Menüs aus, dessen Speisenfolge sich seit dem ersten Schafferrinnenmahl ebenso wenig geändert hat wie die blassrosa Farbe der Menükarten.

Dazu werden in jedem Jahr 100 Bremerinnen eingeladen, die zum aktuellen Thema der Veranstaltung durch ihre Arbeit oder ihr Engagement einen persönlichen Bezug haben und die keine Mitgliedschaft in der SPD besitzen. Eine weitere Besonderheit ist es, dass jede Bremerin nur einmal in ihrem Leben beim Schafferrinnenmahl zu Gast sein kann.

Als Gast zum diesjährigen Schafferrinnenmahl am 28. November 2014 kam die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellv. Parteivorsitzende Manuela Schwesig nach Bremen – Thema ihres Festvortrages: „40 Jahre – (k)ein Grund zum Feiern?“ ■

40 JAHRE SCHAFFERRINNENMAHL

1975	Katharina Focke	Das internationale Jahr der Frau
1976	Marie Schlei	Die Rolle der Frau in Beruf und Gesellschaft
1977	Anke Fuchs	Die Frauen in der Männerwelt
1978	Inge Donnepp	Vorurteile gegen Frauen – Hindernis für Chancengleichheit
1979	Eva Rühmkorf	Gleichberechtigung von Frauen
1980	Antje Huber	Frauen müssen selber kämpfen
1981	Heidemarie Wieczorek-Zeul	Rechte der Frauen in der EG
1982	Lydia Schmidt	Gemeinsam wären wir stark
1983	Heinke Salisch	Arbeitsmarktpolitik
1984	Hertha Däubler-Gmelin	Das Recht der Frauen nach der Wende
1985	Brunhilde Peter	Schritte zur Gleichheit
1986	Ursula Engelen-Kefer	Arbeitsplätze statt Arbeitslosenhilfe
1987	Anke Martiny	Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft
1988	Christa Randzio-Plath	Frauenrecht ist Menschenrecht
1989	Susanne Müller	Das Alter als Chance
1990	Heidi Pfarr/Angelika Barbe	Frauendialog Ost-West
1991	Ingrid Matthäus-Maier	Frauen auf neuen Wegen – zu neuen Zielen
1992	Regine Hildebrandt	Recht auf Arbeit ist auch Frauenrecht
1993	Monika Griefahn	Unseren Kindern eine gesunde Gegenwart und Zukunft
1994	Jutta Limbach	Frauen im Recht
1995	Barbara Simons	Frauen verwandeln die Welt – solidarisch vor Ort, solidarisch weltweit
1996	Karin Junker	Mit Frauen rechnen
1997	Karin Jöns	Europa – eine Chance für Frauen?
1998	Annelie Keil	Frauen zwischen Arbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe
1999	Helga Schuchardt	Frauenförderung ist Hochschulreform – Frauenforschung ist Wissenschaftskritik
2000	Claudia Schumann	Weiblichkeit ist keine Krankheit, oder: Was ist für Frauen gesund?
2001	Margot Käßmann	Wertewandel im Leben von Frauen
2002	Ute Canaris	Die Kulturarbeit ist weiblich – Frauen in der Kulturarbeit
2003	Ingelore Rosenkötter	Frauen im Sport
2004	Ruth Becke	Stadtentwicklung und Gender Mainstreaming
2005	Bärbel Dieckmann	Demografische Entwicklung – Herausforderung für die Politik in den Kommunen
2006	Jutta Almendinger	Frauen und Dienstleistung
2007	Ute Hannemann	FRAUEN WOLLEN MEE(H)R
2008	Heide Simonis	Frauen in den Medien
2009	Susanne Klingner	Feminismus im 21. Jahrhundert
2010	Heidi Merk	Ehrenamt – Typisch Frau?
2011	Seyran Ates	Vielfalt leben – Gemeinsam mehr Erreichen
2012	Swantje Köbsell	Wir lassen uns nicht (be-)hindern: Frauen in Bewegung diskutieren die UN-Behindertenrechtskonvention
2013	Luka Lübke/Barbara Ehrmann-Köpke	Was Frauen anrichten – wir kochen schon wieder
2014	Manuela Schwesig	40 Jahre – (k)ein Grund zum Feiern?